



Neue Notrufnummer bietet auch Frauen mit Behinderungen schnell erste Hilfe

Neue Notrufnummer bietet auch Frauen mit Behinderungen schnell erste Hilfe
Direkte, anonyme und barrierefreie Anlaufstelle
Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat am heutigen Mittwoch den Startschuss für das bundesweite Hilfefon für Frauen gegeben. Ab sofort gibt es für Gewaltopfer eine direkte und anonyme Anlaufstelle, die zudem barrierefrei ist. Dazu erklärt die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Maria Michalk: "Gewalt gegen Frauen ist leider keine Ausnahme. Die Dunkelziffer der Übergriffe ist hoch, weil diese sich oftmals auch innerhalb der Familie ereignen. Frauen mit Behinderung sind doppelt so häufig von sexueller oder körperlicher Gewalt betroffen als Frauen ohne Behinderung. So haben rund 75 Prozent der gehörlosen Frauen mindestens einmal oder mehrfach in ihrem Leben Gewalt erfahren." Deutschland hat bereits ein gut ausgebautes Hilfesystem für die Betroffenen aufgebaut. In Frauenhäusern und Beratungsstellen werden sie aufgenommen und beraten. Allerdings finden viele Opfer erst spät in diese Einrichtungen, weil die Hemmschwelle groß ist. Insbesondere Frauen mit Behinderungen können nicht alle bestehenden Einrichtungen nutzen, weil nicht überall Gebärdendolmetscher vor Ort sind oder weil bauliche Hürden den Zugang für Rollstuhlfahrerinnen verhindern. Das neue Hilfefon berät anonym, kostenfrei und vor allem barrierefrei. Kompetente Beraterinnen sind rund um die Uhr unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer 08000 116 016 erreichbar und vermitteln an geeignete Anlaufstellen vor Ort. Besonders Frauen mit Behinderung können über diese Notrufnummer schneller als bislang aufgefangen und an Einrichtungen, die speziell auf ihre Behinderung eingehen können, vermittelt werden. Für die betroffenen Frauen ist dieses Angebot ein wichtiger Schritt, um rasch Hilfe in der Not zu erhalten.
Hintergrund: Der Bundestag hatte am 1. Dezember 2011 einstimmig den Gesetzentwurf zur Einrichtung des Frauenhilfefons beschlossen. Das Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb trat am 14. März 2012 in Kraft. Das bundesweite Hilfefon wird beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) in Köln eingerichtet. Dort sind qualifizierte Beraterinnen eingestellt sowie eine Datenbank als Grundlage für die Weitervermittlung zu Beratungsstellen und Frauenhäusern aufgebaut worden.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_525117" width="1" height="1"

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.